



Plädoyer gegen das Vergessen eines Kontinents

Auf dem Weg zur Demokratie haben die Staaten Lateinamerikas in den vergangenen Jahrzehnten bedeutende Fortschritte erreicht. Mit Ausnahme Kubas verfügen inzwischen alle Länder der Region über demokratische Verfassungen. Dennoch sind Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in vielen Ländern nicht gefestigt. Wirtschaftliche Erfolge wie in Brasilien, Chile oder Mexiko können nicht überdecken, dass es in anderen Staaten teilweise dramatische Fehlentwicklungen und gravierende Defizite bei Transparenz und Funktionsfähigkeit der demokratischen Institutionen gibt. Autoritäre und neopopulistische Tendenzen machen besorgt. Hinzu kommen Massenarmut und soziale Ungleichheit, durch die breite Bevölkerungsschichten Lateinamerikas von politischer und wirtschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen sind.

Die Konsolidierung der jungen Demokratien zu unterstützen, war auch im Jahr 2004 die zentrale Aufgabe der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung in Lateinamerika.

Darüber hinaus wollte die KAS einen Beitrag dazu leisten, dem politischen Dialog mit den Staaten Lateinamerikas neue Impulse zu verleihen. Denn leider muss festgestellt werden, dass die strategische Bedeutung des Subkontinents für Deutschland und Europa vielfach nicht oder nicht mehr gesehen wird. So gerät aus dem Blick, dass Lateinamerika für uns ein wichtiger Partner in der internationalen Politik ist, mit dem uns gemeinsame Werte, Überzeugungen und Interessen verbinden. Dies gilt in besonderem Maße im Hinblick auf die vielfältigen neuen und weltweiten Herausforderungen: die Gestaltung der Globalisierung, die Bekämpfung des internationalen Terrorismus oder der Klimaschutz – um nur diese drei Beispiele zu nennen.

Um Lateinamerika wieder stärker in die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und der Politik zu rücken, hat die Konrad-Adenauer-Stiftung ein Strategiepapier mit dem Titel „Deutschland – Lateinamerika – Neue Impulse für eine bewährte Partnerschaft“ vorgelegt. Darin werden nicht nur die Aktivitäten der Stiftung in einem neuen konzeptionellen Zusammenhang beschrieben, sondern auch die Anforderungen für eine zukünftige Lateinamerikapolitik an die Adresse von Politikern, Institutionen und Multiplikatoren formuliert. Deutschland und die Europäische Union sollen und müssen den politischen Dialog mit Lateinamerika verstärkt pflegen und durch neue Impulse im Sinne einer gleichberechtigten Partnerschaft weiterentwickeln.

Für die Verbesserung und Intensivierung dieses Dialogs bieten sich verschiedene Themen und Aufgaben an. Um zum Beispiel eine dauerhafte Konsolidierung der lateinamerikanischen Demokratie zu fördern, muss ein deutscher Beitrag durch den Transfer von

Knowhow vor allem auf eine Stärkung und Absicherung der Funktionsfähigkeit des Rechtsstaats und des demokratischen Entscheidungsprozesses abzielen. Damit lässt sich am ehesten der gegenwärtigen Institutionenkrise und der Ausbreitung autoritärer und neopopulistischer Strömungen entgegenwirken. Funktionierende rechtsstaatliche Institutionen, von unabhängiger Justiz über einen gesicherten Zugang zum Gerichtswesen bis hin zu umfassender Rechtspflege und einer Verbesserung des Menschenrechtsschutzes, außerdem Unterstützung politischer Reformen, Förderung der demokratischen Partizipation, Stärkung von Dezentralisierung und kommunaler Selbstverwaltung sowie eine Verbesserung der gesellschaftlichen und politischen Teilhabe ärmerer und insbesondere indigener Bevölkerungsschichten, beschreiben die konkreten Ansatzpunkte der Stiftungsarbeit.

Mit dem regionalen Sektorprogramm „Rechtsstaat und Demokratie“ für Lateinamerika will die Konrad-Adenauer-Stiftung die Demokratisierung in den Ländern dieser Region nachhaltig unterstützen und einen Beitrag zur Entwicklung und Vertiefung einer leistungsfähigen, rechtsstaatlichen Grundsätzen entsprechenden Rechtsordnung als Kernbestandteil jedes demokratischen Systems leisten. Im Jahr 2004 konzentrierte sich die Programmarbeit vor diesem Hintergrund auf folgende vier Schwerpunktthemen:

- **Verfassungsrecht**
- **Menschenrechtsschutz**
- **Integrationsrecht**
- **Verfahrensrecht**

Das Rechtsstaatsprogramm arbeitet mit zwei Standorten: Montevideo (Uruguay) für Südamerika, Mexiko-Stadt für Mittelamerika und die Karibik. Der Beratungsbedarf ist in allen Ländern der Region erheblich. Da sich das Programm bei der Zielgruppe, zu der

Verführer der Massen und Vorbild für neopopulistische Versuchungen: Venezuelas Präsident Hugo Chavez





Unter der Oberfläche emsiger Geschäftigkeit sammelt sich sozialer Konfliktstoff: Straßenszene in Mexiko-Stadt

unter anderem Richter von Obersten Gerichtshöfen und Verfassungsgerichten, Rechtspolitiker, Rechtswissenschaftler, Staatsanwälte oder beispielsweise auch Polizisten zählen, inzwischen Vertrauen und Akzeptanz erworben hat, sind seine Wirkungsmöglichkeiten im Sinne der Zielbestimmungen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit kaum zu unterschätzen. Begegnen staatliche Institutionen ausländischen Organisationen gerade im Rechtsbereich oft mit einem gewissen Misstrauen, lässt sich für das KAS-Sektorprogramm das Gegenteil feststellen.

Das zweibändige Jahrbuch, das seit 10 Jahren von der Konrad-Adenauer-Stiftung herausgegeben wird, ist ein besonderes Instrument innerhalb des Rechtsstaatsprogramms und steht beispielhaft für die intensive Publikationstätigkeit im Rahmen unserer Aktivitäten. Thematisch wird über die Notwendigkeit von Verfassungsgerichtshöfen in den Ländern ebenso diskutiert wie über die institutionelle Organisation des Staates vor dem Hintergrund verfassungsrechtlicher Rahmenbedingungen. Ein weiterer Themenschwerpunkt betrifft die Menschenrechte und ihre Umsetzung in Lateinamerika, besonders wieder aus verfassungsrechtlichen Blickwinkeln. Dabei beziehen sich die Einzelthemen ganz konkret etwa auf die Garantie von zweisprachiger Bildung in Peru oder die Wahrung der freien Meinungsäußerung in Mexiko. Darüber hinaus fand der Themenkomplex des Integrationsrechts Eingang in das Verfassungsjahrbuch 2004, darunter auch mit einem Vergleich zwischen der Entwicklung regionaler Integration in Lateinamerika und in der Europäischen Union.

Dem großen Renommée des Jahrbuchs sowie seiner Einzigartigkeit auf dem lateinamerikanischen Markt ist es zu verdanken, daß die zum Teil prominenten Autoren ihre Beiträge unentgeltlich zur Verfügung stellen. Die Publikationen des Rechtsstaatsprogramms sind in allen einschlägigen Fachbibliotheken der Projektregion weit verbreitet, was sich u.a. an deraußerordentlich hohen

Zitierhäufigkeit in der rechtswissenschaftlichen Literatur des Subkontinents ablesen lässt.

Neben der Arbeit im Rahmen der KAS-Rechtsstaatsprogramme bildet die Förderung einer sozial verträglichen Wirtschaftsentwicklung eine wesentliche Voraussetzung für die dauerhafte Stabilisierung der lateinamerikanischen Demokratien. Bei der Suche nach einem Wirtschaftsmodell, das wirtschaftliche Freiheiten mit sozialem Ausgleich verbindet, wird die Soziale Marktwirtschaft zunehmend als Leitbild gesehen. Die Herausgabe des Lexikon Soziale Marktwirtschaft in spanischer Sprache war ein wichtiger Beitrag der Stiftung zu dieser Entwicklung. Deutschland insgesamt hat die Chance, im Rahmen eines ordnungspolitischen Dialogs den Diskussionsprozess über eine Wirtschaftspolitik zu fördern, welche die Grundlage für eine Überwindung von Massenarmut und sozialer Ausgrenzung legt. Der Modernisierung der Bildungssysteme, einer Reform der sozialen Sicherungssysteme und der Arbeitsmärkte, einer Modernisierung der Steuersysteme, dem Aufbau einer funktionierenden Wettbewerbsordnung sowie der regionalen Wirtschaftsentwicklung kommt daher besondere Bedeutung zu.

Die KAS hat sich im Jahr 2004 im Rahmen der Entwicklung des neuen Strategiepapiers für Lateinamerika auch mit ihren Veranstaltungen an den Schwerpunktthemen des Konzepts orientiert. Wichtige Konferenzen waren dabei zum Beispiel das VII. Deutsch-Brasilianische Symposium, das alle zwei Jahre stattfindet und zu einer mittlerweile festen Größe im Dialog zwischen Deutschland und Brasilien geworden ist. Im Mittelpunkt stand die neue Verantwortung Brasiliens im internationalen System unter der Regierung Lula sowie der Integrationsprozess im Rahmen des Mercosur. Die Beziehungen des gesamten Kontinents zu Europa und Deutschland wurden ebenfalls diskutiert.

Für die Vertiefung unserer Beziehungen zu Lateinamerika ist ganz entscheidend, daß der Dialog zwischen den politisch Verant-



**Erbe der Diktatur:
Suche nach verschwundenen Angehörigen**

wortlichen beider Regionen verstärkt wird. Im Rahmen ihrer Programme hat sich die Konrad-Adenauer-Stiftung auch im Jahr 2004 intensiv bemüht, den direkten Meinungsaustausch zwischen deutschen und lateinamerikanischen Politikern zu fördern. An einer internationalen Parlamentarierkonferenz in Chile, die bereits zum dritten Mal stattfand und auch fortgesetzt werden soll, nahmen Vertreter von vier wichtigen Parteien aus Lateinamerika und Europa (PDC Chile, PAN Mexiko, PP Spanien, CDU Deutschland) teil. Zielsetzung dieser Parlamentariertreffen ist es, konkrete Themen der gegenseitigen Beziehungen im Kontext des atlantischen Dreiecks zu diskutieren und daraus gemeinsame Lösungsansätze zu entwickeln. Ein weiteres wichtiges Ziel ist es, die programmatische Profilierung im christlich-demokratisch geprägten Parteienspektrum der politischen Mitte voranzubringen. Die diesjährige Parlamentarierkonferenz befasste sich mit dem Thema: „Europa und Lateinamerika im Dialog – ein Erfahrungsaustausch über Fragen der globalen Politik“.

Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt ist für die KAS die soziale Verantwortung von (Wirtschafts-)Eliten. Mit der Konferenz „Globalisierung und soziale Verantwortung – ein europäisch-lateinamerikanischer Dialog zwischen Politik und Wirtschaft“, die ebenfalls in Chile stattfand, war die Absicht verbunden, dieses wichtige Thema verstärkt in die Öffentlichkeit zu bringen und die Diskussion um Beiträge zur Überwindung der extrem geöffneten Armutsschere in der Region weiter voranzutreiben. Mit dem Thema der „Elitenförderung“ beschäftigte sich auch die Jahrestagung der

Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lateinamerikaforschung (ADLAF), die in diesem Jahr von der Konrad-Adenauer-Stiftung ausgerichtet wurde. Hier ging es vor allem um die Analyse der Struktur und der Rekrutierungsmuster von Eliten sowie um deren Rolle im Rahmen der politischen und gesellschaftlichen Wandlungsprozesse Lateinamerikas. Diese Frage ist von erheblicher entwicklungspolitischer Relevanz, da den Eliten – verstanden als politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Führungsschichten – zentrale Bedeutung für den Erfolg oder das Scheitern von Transformationsprozessen zukommt. Aus diesem Grunde stellt die Zusammenarbeit mit Eliten insbesondere bei der Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit für die KAS einen wichtigen und notwendigen Ansatzpunkt dar.

Im Bereich der Menschenrechte bildet die Aufarbeitung der Vergangenheit eine unerlässliche Grundlage für das Funktionieren einer demokratischen Gesellschaft. So hat man Jahre nach der Rückkehr zur Demokratie beispielsweise in Argentinien Initiativen zur Aufklärung und Ahndung von Menschenrechtsverletzungen gestartet. Vor sechs Jahren wurde das Archiv der Geheimpolizei von Buenos Aires aufgelöst, seit 2000 wird es der Öffentlichkeit schrittweise zugänglich gemacht. Es enthält umfangreiche Daten über politisch-ideologische Verbrechen gegenüber Männern und Frauen über den Zeitraum eines halben Jahrhunderts. Unter anderem sind dort die Aktivitäten von Genossenschaften, Berufsvereinigungen, Gewerkschaften und Studentenverbänden minutiös dokumentiert. Getragen wird die Arbeit von der sogenannten Erinnerungskommission (Comisión por la Memoria) der Provinz Buenos Aires. Die Konrad-Adenauer-Stiftung führte im Berichtsjahr in Zusammenarbeit mit der Behörde der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik („Birthler-Behörde“) und der Heinrich-Böll-Stiftung ein zweiwöchiges Studien- und Informationsprogramm für die Erinnerungskommission in Berlin durch, um über in Deutschland gemachte Erfahrungen zu informieren und insbesondere die Arbeit der Birthler-Behörde vorzustellen – Anschauungsunterricht für die praktische Arbeit vor Ort.

**Zwischen Perspektivlosigkeit und Gewalt:
Straßenkinder im Schnüffelrausch**

